

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Druckort: Breslau, Nr. 1. Die Zeitung kostet 1.50 RM. pro Quartal, 4.50 RM. pro Halbjahr, 12.00 RM. pro Jahr. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, die den Namen der Zeitung führen, an. Die Redaktion befindet sich in Breslau, Nr. 1. Die Redaktion ist für den Empfang von Briefen und Geldern zuständig. Die Redaktion ist für den Empfang von Briefen und Geldern zuständig.

Dienstag, 25. April 1922

Verlagspreis: Die Zeitung kostet 1.50 RM. pro Quartal, 4.50 RM. pro Halbjahr, 12.00 RM. pro Jahr. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, die den Namen der Zeitung führen, an. Die Redaktion befindet sich in Breslau, Nr. 1. Die Redaktion ist für den Empfang von Briefen und Geldern zuständig. Die Redaktion ist für den Empfang von Briefen und Geldern zuständig.

Die Autonomiefrage in Oberschlesien.

Von Ernst Kraft.

Die heutigen Staaten sind keine nationalen Gebilde. Sie entstanden alle in ihrer historischen Entwicklung als ein Ergebnis der wirtschaftlichen Ausbreitung des Kampfes um Absatz- und Absatzmärkte und auf ihrem Gebiete, das also im Ganzen und Großen eine wirtschaftliche Einheit bildet. Leben meist verschiedene Völker. Natürlich ist die wirtschaftliche Einheit nur im Großen da; unzählige Abweichungen sind vorhanden, die Grenzstriche trennen oft wirtschaftlich zusammenhängende Landstriche — als das notwendige Ergebnis dessen, daß die Abgrenzung der Staaten nicht nach einem Plane geschah, sondern durch elementare miteinander kämpfende Kräfte bewirkt wurde.

Diese mit den verschiedenen Abweichungen behaftete wirtschaftliche Einheit der heutigen Staaten ist natürlich nicht im Entfernten einer abgeschlossenen Einheit gleichzustellen. Im Gegenteil: die geschichtliche Entwicklung verfließt die Staaten wirtschaftlich immer mehr untereinander, immer weniger können sie ohne gegenseitige Ein- und Ausfuhr bestehen.

Das ist, in kürzesten Zügen das Abbild des Bodens, aus welchem die Selbstständigkeitsbestrebungen der verschiedensten Staatsteile entspringen, aus welchem sie vor allem erllärt und gewertet werden müssen.

Das Streben nach Selbständigkeit, nach Autonomie macht sich am stärksten in jenen Landesstrichen bemerkbar, wo entweder anderssprachige Bevölkerung, oder solche mit andersnationaler Einschlag haust. In Deutschland ist es z. B. das Rheinland, oder Oberschlesien. Hier wird als Beweggrund für die Autonomie die Besonderheit der ober-schlesischen Volkstypen, die Verschiedenheit der Interessen der ober-schlesischen Bauern und des, sagen wir sächsischen Bauern, angeführt.

In Wirklichkeit sind diese Verschiedenheiten die nicht geltend werden sollen ganz unbedeutend im Vergleich mit den viel größeren Verschiedenheiten die durch die Klassenunterschiede geschaffen worden sind. Ein schlesischer Arbeiter steht nicht nur dem sächsischen, dem polnischen, sondern auch dem chinesischen Arbeiter viel näher als dem schlesischen Kohlenbaron oder dem schlesischen Junker. Die Klassenunterschiede haben die natürlichen, ursprünglichen Unterschiede der Abstammung überdeckt.

Jetzt werden wir auch verstehen, wodurch die Einstellung der verschiedensten Gruppen zu der Autonomiefrage diktiert wird. Es ist keine reine Kulturfrage, sondern eine politische Frage. Wer für oder gegen die Selbstständigkeit Oberschlesiens ist, verfolgt nicht die Interessen des schlesischen „Volkes“ überhaupt, will nicht (er braucht sich dessen gar nicht bewusst zu sein) seine Eigenheiten wahren, sondern stützt nur Interessen einer der beiden kämpfenden Klassen.

Nur auf diese Weise wird es klar, warum z. B. die SPD. und die SPD. Oberschlesiens zur Zeit des Abstimmungsstimmens für die Autonomie gewesen sind, während jetzt die SPD. Oberschlesiens gegen die Autonomie ist. Damals war es ihr ja auf diese Weise möglich, Bauernfänger für ihre Kleinbürgerliche Partei zu treiben, während es jetzt die demokratische Kleinbürgerliche Republik zu retten gilt gegen den Ansturm der schwarzen Rittergutbesitzer.

So tritt auch in der Autonomiefrage, da sie eine Frage des Klassenkampfes ist, die Hauptrolle der sozialdemokratischen Politik ganz scharf zu Tage, das Unvermögen den beiden gegenüberliegenden im Kampfe auf Tod und Leben stehenden Klassen gerecht zu werden.

Die kommunistische Stellungnahme zur Autonomiefrage ist nach dem Vorhergehenden ganz klar. Die sogenannte Selbstbestimmung der Nationen, die Autonomie, die Abtrennung ganzer Gebiete von den bestehenden Staatsgebieten kann aus kommunistischer allgemeiner nicht erwünscht sein. Sie bedeutet ja eine Verfestigung der bereits bestehenden wirtschaftlichen Einheiten, also einen Rücktritt auf dem von uns erstrebten Wege zur einheitlichen planvollen Weltwirtschaft.

Unabhängig dieser allgemeinen Richtlinien gibt es doch Fälle, wo die Autonomiebestrebungen eines Gebietes unterstützen werden. Sei es, daß in diesem Gebiete die Arbeitstätigen bereits die Macht erlangen haben, während im Staat selbst noch das Kapital herrscht, sei es, daß die Massen von den nationalpolitischen Borurteilen erst befreit werden müssen, was am Besten geschieht, wenn sie durch Autonomie zu der Überzeugung notwendiger Wiedererzeugung gelangen.

In Oberschlesien liegen die Dinge auf der Hand. Die Autonomiebestrebungen sind nur im Interesse des Junkertums, der Reaktion. Alle die „eigenen“, „besonderen“ der ober-schlesischen, oder gar schlesischen Volkes werden künstlich konzentriert, als aus dem Volke kommend ausgegeben, um eben aus Oberschlesien ein zweites Bayern zu schaffen für diejenigen, denen auch Preußen mit seinen Bevorrathungen nicht genügt.

Und gerade da möchte man sich eigentlich wundern. Was soll denn eigentlich diesen Herren, werden denn ihre Interessen nicht genügend geschützt?

Man hat die Mittel nicht eben nicht aus der Innenlage erklären. Die Wünsche gehen hier nach außen. Oberschlesien spielt ja eine besondere Rolle in bezug auf Polen, die Randstaaten und Sowjetrußland. Das ist der springende Punkt. Als ein Bestandteil Preußens kann die ober-schlesische

Reaktion keine selbständige aktive Politik betreiben aber das auf kommt es ihr an. Was ist der Zweck einer solchen Politik? Manches glauben, sie richtet sich gegen Polen. In Wirklichkeit sind die Kämpfe gegen Polen, das ganz anti-polnische Geschehen nur ein Hindernis wider Hindernisse, die wohl hier und da Überhand nehmen können, letztendlich aber ausschlaggebend sind. In gegebenem Momente würde sich die gesamte treuerische Spitze, all die Orgel, Korbach usw. mit den „polnischen Völkern“ vereinigen — wenn es wiederum gelten würde einen neuen Balkanfeldzug gegen Sowjetrußland zu unternehmen.

General De Wond, Korfanit und Sudendorff würden dann von dem „autonomen“ Oberschlesien aus Polen den Rücken schützend den längst angekündigten und ununterbrochen vorbereiteten Feldzug gegen das rote Gespenst in rückwärtiger Einigkeit leiten.

Die Note der neun Mächte.

W.V. Genua, 24. April. Die Beratungen der neun Mächte, die am 18. April die gemeinsame Note an Deutschland geschickt hatten, wurden gestern vormittag abgeschlossen. Als ihr Ergebnis ist nachmittags 1/4 Uhr der deutschen Delegation folgende Note überreicht worden:

„Die Unterzeichneten erlauben sich, den Empfang Ihrer Antwort auf Ihre Note vom 18. April zu bestätigen, in der Sie erklärt hatten, welche Stellung Sie bezüglich des zwischen der russischen und der deutschen Delegation abgeschlossenen Vertrages einnehmen. Sie nehmen mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die deutsche Delegation sich darüber klar ist, daß der Abschluß eines Separatvertrages mit Rußland über Dinge, die in das Gebiet der Konferenz fallen,

es unerwünscht macht.

daß die deutsche Delegation zukünftig an der Erörterung der Bedingungen eines Abkommens zwischen Rußland und den verschiedenen auf der Konferenz vertretenen Mächten teilnimmt.

Die Unterzeichneten würden es vorgezogen haben, eine weitere Erörterung dieses Gegenstandes zu vermeiden. In Ihrem Briefe sind indessen gewisse Behauptungen enthalten, die Sie berichtigen zu müssen glauben. Ihr Brief sagt, daß die deutsche Delegation zum Abschluß eines Separatvertrages gezwungen gewesen seien, weil Mitglieder der Delegation der eingeladenen Mächte sich geweigert hätten, die schweren Unzulänglichkeiten in Erwägung zu ziehen, die in dem von Ihren Sachverständigen in London aufgestellten Bedingungen für Deutschland geschaffen waren. Die unterzeichneten Vertreter der einladenden Mächte haben die Mitglieder Ihrer Delegation befragt und finden, daß auch

nicht der Schatten eines Beweises

für diese Behauptungen vorhanden ist. Wiederholt haben sich die Mitglieder der deutschen Delegation mit den Mitgliedern der Delegation der einladenden Mächte getroffen und unterhalten; aber

niemals hat man von ihnen gehört,

daß die Londoner Vorschläge keine Basis für die Konferenz wären, und daß die deutsche Delegation sich gezwungen sähe, einen Separatvertrag mit Rußland zu schließen. Auch die Unterstellung entbehrt jeder Begründung, daß die offiziellen Verhandlungen mit den Russen über die Anerkennung der Schulden die deutsche Delegation in Gefahr gebracht hätten, sich einem für Deutschland unannehmbaren, von der Mehrheit der Konferenzteilnehmer schon angenommenen Projekt gegenüberzusetzen. Kein Projekt wäre von der Konferenz angenommen oder hätte angenommen werden können, ohne die volle Möglichkeit seiner Erörterung in den zuständigen Kommissionen und Unterkommissionen war Deutschland auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit den anderen Mächten vertreten. Ein

Firrtum über die Tragweite

der Sachverständigenvorschläge oder eine falsche Auslegung der offiziellen Besprechungen mit den Russen hätten wohl ein Verlangen nach einer eingehenden Beratung vor den Kommissionen der Konferenz gerechtfertigt. Dagegen können Sie in keiner Weise das verfolgte Verfahren rechtfertigen, und die Unterzeichneten müssen bedauern, daß Ihre Note den Versuch macht, anderen Mächten die Verantwortung für ein Vorgehen aufzubürden, das mit dem Geiste der loyalen Zusammenarbeit, bei der Wiederanrichtung Europas notwendig ist, unvereinbar ist. Die Unterzeichneten behalten ihren Regierungen ausdrücklich

das Recht vor, alle Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrages als null und nichtig anzusehen, die etwa als bestehenden Verträgen widersprechend anerkannt werden. Der Zwischenfall soll jetzt als abgeschlossen gelten. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung usw.“ gez. Unterschriften.

Diese Note der Signaturmächte beweist von neuem, daß trotz der Gegensätze zwischen dem englischen und französischen Kapital das erste es niemals zu einem Bruch wegen Deutschland mit Frankreich kommen lassen wird. Dazu ist das französische Kapital zu gut bewaffnet. Die Lage in Genua wird also, wenn auch die Note mit ebensolcher Einmütigkeit, wie sie die deutsche Darlegung des „Zwischenfalls“ für nicht stichhaltig, diesen für erledigt erklärt, gar nicht entspannt.

Diejenigen, welche den Frieden auch dort sehen, wo er überhaupt nicht zu finden ist, irren betreffs der deutschen Frage ebenso, wie betreffs der russischen, wo sie in die Welt von einem Zurückziehen des russischen Memorandums hineinposaunen. In Wirklichkeit dauert die Krise in der russischen Frage ebenso an und auch der angekündigte Friedenspakt Lloyd George dürfte an der weltlichen Lage wenig ändern.

Das Wesen des Imperialismus ist eben Kampf um den Weltmarkt — ein kapitalistisches Genua kann nur Verträge und Bündnisse für einen neuen Weltkrieg schaffen.

Die russische Erklärung.

In der Sitzung der Experten vom 22. April zur Behandlung der russischen Frage erklärte der französische Delegierte Seydoux, er müsse, nachdem das russische Memorandum erschienen sei, nähere Instruktionen aus Paris einholen. Die Sitzung wurde darauf geschlossen. Da der russische Delegierte Katowski nicht mehr zum Wort kam, sandte die russische Delegation die folgende Note an den Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses Evans:

„Mit Bezug auf den Zwischenfall, der infolge der Feststellungen des französischen Sachverständigen Seydoux bei der letzten Sitzung hervorgerufen wurde, daß nämlich die Bekanntgabe des Memorandums eine neue Situation darstelle, welche für ihn die Notwendigkeit neuer Instruktionen von seiner Regierung bedeute, und daß er sich in der Zwischenzeit der Teilnahme an den Sitzungen des Untersuchungsausschusses enthalten müsse, gestattet sich die russische Delegation folgende Erklärungen zu unterbreiten:

Gemäß den von ihr mehrfach geäußerten Wünschen, eine Verständigung mit allen Mächten zu erreichen, hat die russische Delegation an den vertraulichen Besprechungen teilgenommen und sich bereit erklärt, unter gewissen Bedingungen die im Memorandum festgelegte Stellungnahme zu ändern. Das Ergebnis dieser Beratungen war ein Brief, den die russische Delegation an den Ministerpräsidenten von England gerichtet hat, welcher in der gestrigen Sitzung des politischen Untersuchungsausschusses als Unterlage für die Fortsetzung der Besprechungen angenommen wurde. Es ist also selbstverständlich, daß, da die Abfassung des Memorandums der russischen Delegation nur der des Briefes der russischen Delegation an den englischen Ministerpräsidenten gefolgt ist, das Memorandum — vorausgesetzt, daß die im Gange befindlichen Besprechungen erfolgt sein sollten — als ein Memorandum angesehen werden muß, welches die Meinung der russischen Delegation im ersten Stadium der Besprechungen darstellt. Im Auftrag der russischen Delegation.

Schlechte Stunden.

Die Arbeiter der „Wolfskraft“...
Es ist ein Kampf, der Kampf um die...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Alle diese Behauptungen enthalten in den wenigen...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Auf diese Weise passierte demjenigen, welcher hinter...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Weisse Mäuse

fielt die „Wolfskraft“. Sie teilt mit, daß am vergangenen...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Nun, die RWD-Breslau erfährt das zum erstenmal...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Aus der Versammlungstätigkeit.

Landarbeiterversammlungen.

Genosse Gahmann referierte in vier Landarbeiterver...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Um die Erlangung der Sowjet-Republik.

Die Sowjet-republik...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Die Sowjetrepublik...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Die Sowjetregierung...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Die Sowjetrepublik...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Die Sowjetregierung...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Uebersetzt von Adoli Des.

„Und was habe ich dem Popen gesagt?“ fuhr er...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Robin senkte schwer...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Summen. Die Vögel zwitscherten und irgenbwo in der...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Die Mutter schreute, er würde Sophie in seiner gro...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Die Unterhaltung...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Der Bauer ist Feuer und Flamme!“ sagte die Mutter...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...
...die Arbeiter der „Wolfskraft“...

Die Gewerkschaftsbewegung in Schlesien...

Gewerkschaftsbewegung.
Sitzung, Vorstand und Mitgliederversammlung...

Bauarbeitervereinigungen im Oberschlesien.
Im oberschlesien-vestfälischen Industriegebiet...

Betriebswahlen der Sanitärarbeiter.
Sanitärarbeiter-Komitee der Betriebsvereinigungen...

Wahltag, Waldenburg!
Alle Betriebsräte und Verbandsfunktionäre der SPD...

Dresdan, Lokales.
Kriegsopferdemonstrationen.
Am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, veranstaltet der Reichsbund...

Netze Zustände.
heerrschen bei der Giro-Zentrale Schlesien, Kommunales Bankgeschäft...

Gehühren für Krankenbeförderung.
Der Magistrat gibt bekannt:
Die Gehühren für die Krankenbeförderung durch häusliche Kräfte...

Anmeldungen zur Volkshochschule.
Werden auf vielfachen Wunsch nochmals nachmittags 5 bis 8 Uhr...

Die Stellung der Partei...
Die Partei hat sich in der letzten Zeit...

Abhaltung eines Frauenkongresses.
Der Magistrat (Schlesien):
In der Stadthalle...

Stimmenwahl.
Die nächsten Stimmabgaben nehmen die für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1931...

Verordnung der Trinkwasserländer.
Der Magistrat (Schlesien):
Die Trinkwasserländer auf öffentlichen Straßen...

Das Büro der sozialen Rentenversicherung.
Ist von der Seffing-Turnhalle nach Doffingstraße 14 verlegt...

Neuerscheinungen.
Sowjet-Russland
Die 1. Nummer erscheint am 20. April

Wie erkämpfen wir höhere Löhne?
Es gibt keinen Tag, an dem jetzt die Arbeiterschaft nicht feststellen muß, daß die Preise für die notwendigsten Lebensmittel wieder einen gewaltigen Sprung nach oben gemacht haben...

Die Internationale.
In der Osterwoche erschien heben Heft 17 der Wochenchrift „Die Internationale“ mit folgendem Inhalt:

Der Preis der Einzelnummer beträgt 2,50 RM, für Organisations 2 RM. Im Abonnement kostet die Zeitschrift für ein Vierteljahr 24 RM, ein halbes 48 RM, ein Jahr 96 RM.

Die Jugendbewegung...
Die Jugendbewegung hat sich in der letzten Zeit...

„Die Junge Warte“.
Zusammenfassung der Kommunistischen Jugendbewegung...

Welt und Wissen.
Das Aprilheft dieser unterhaltenden und belehrenden Illustrierten Zeitschrift (Verlag Peter J. Ostergard, Berlin-Schöneberg, Einzelheft 3 RM) liegt vor uns...

Alle hier besprochenen Bücher sind erschienen im Verlage von Karl Voym Nachf. Louis Cohnsley in Hamburg, Wandstraße 68 IV.

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands, (Bezirk Schlesien).
Bezirksleitung: Büro und Kasse: Breslau, Nikolajstr. 49/50.

Unterbezirk Breslau. Büro: Breslau, Nikolajstr. 49/50
Karl Wolf.

Ortsgruppe Breslau.
Frauengruppe Dienstag, abends 7 Uhr, Rhythmus.
Dienstag, abends 7 Uhr: Zusammenkunft der Delegierten zum Bezirksparteitag.

Unterbezirk Waldenburg. Büro: Gottesberg, Schützhaus, H. Metzger.
Konradsthal und Neu-Salzbrenn. Montag, den 1. Mai, abends 7 Uhr, bei „Riem“ in Konradsthal...

Verantwortl. Redakt.: Fritz Kigel; Inzerate: Max Bichowicz. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e. G. m. b. H. Druck: Biffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Liedlich-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr.
Das große Programm
April-Programm

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Mollkestraße 9
Maria die Sünderin
Der Dieb ohne Schatten
Harry Pyst

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Mollkestraße 9
Maria die Sünderin
Der Dieb ohne Schatten
Harry Pyst

Die blutige Osterwoche im Mansfelder Land
Tafelchen-Material aus der Märzeiten von Joseph Schneider
Ohne Inzerat kein Erfolg!

Amberg, Cutaways, Raglans, Schläpfer, gestreifte Hosens,
Sofort zu verkaufen
1 Anzahl grobe Emballage-Rippen für schweren Inhalt (Eigentelle).

Staat und Revolution
Von Lenin
Preis 5,00 M.
Das kommunistische Manifest
Preis 2,50 M.
Die Krise der Sozialdemokratie
Preis 5,50 M.

Wirtschaftliche Rundschau

Die Wirtschaftslage Sowjetrußlands.

Es ist eine Folge des neuen Wirtschaftskurses in Sowjetrußland, daß die Landwirtschaft technisch bereits wesentlich besser arbeiten kann, als vor einem Jahr, daß in der Industrie die Produktionsnormen Monat für Monat ansteigen, und daß die Leistung des einzelnen Arbeiters sich immer mehr hebt, daß auch die Außenhandelsziffern im Verlaufe der letzten Monate immer größer geworden sind.

Alles dies sind nicht nur wirtschaftliche Daten, sondern politisch von der allergrößten Bedeutung. Je mehr es gelingt, die unter dem Zarismus ausgegangene, durch den Krieg, den nachfolgenden Bürgerkrieg und die Blockade zerrüttete Wirtschaft Rußlands wieder aufzubauen, um so selbständiger wird die Stellung Sowjetrußlands gegenüber den kapitalistischen Staaten. Von besonderer Wichtigkeit ist der Aufschwung der russischen Industrie.

Wir werden keinen Finger rühren, um eine russische Industrie aufkommen zu lassen," sagten vor Jahresfrist namhafte deutsche Kapitalisten, und die gleiche Meinung vertritt die gesamte internationale Bourgeoisie: nur in Sowjetrußland keine neue Konkurrenz für das unter der Krise darniederliegende internationale Kapital aufkommen lassen! Rußland zu „kolonisieren": das ist das einzige Ziel des internationalen Kapitals.

Und obwohl nirgendwo sich ein Finger gerührt hat, so ist doch das Ergebnis der letzten Monate gewesen, daß in fast allen Industriezweigen das Produktionsprogramm erreicht, in vielen sogar wesentlich überschritten worden ist. Es gibt sogar Industrien, deren Produktion heute die der Vorkriegszeit übertrifft.

All das darf keine Illusionen machen. War die russische Industrie schon vor dem Kriege außerstande, den russischen Bedarf an Industriewaren aller Art zu decken, so ist sie es heute, wo Rußland seit acht Jahren nach den Waren des Auslandes hungert, erst recht, zumal es ihr an Rohstoffen fehlt und das Verkehrswesen noch immer schwer darniederliegt.

Aber die ersten Anzeichen des neuen Aufschwunges sind gleichwohl von ungeheurer Bedeutung. Sie zeigen, daß Sowjetrußland mit der Einführung des neuen Wirtschaftskurses den richtigen Weg gegangen ist. Sie sind die Gewähr für die allmähliche vollkommene wirtschaftliche Gesundung Sowjetrußlands, vor allem für seine industrielle Selbstständigkeit gegenüber den kapitalistischen Industriestaaten.

Die Wirkung des „Nepo“.

Hebung der Industrie.

Von Karl Tinkokurow.

„Wirtschaftlichkeit des Betriebes und Konzentration der Leistung.“ (Parole des neuen Wirtschaftskurses.)

Die Neuorganisation der russischen Industrie, die auf Grund des Dekretes über den neuen wirtschaftlichen Kurs Mitte des Jahres 1921 eingeleitet wurde, zeigte bereits im letzten Jahresviertel positive Resultate. Abgesehen von teilweiser Verpachtung minderwertiger oder kleiner Industrie-Unternehmungen an Private wurde das Weiterbestehen der Staatsbetriebe ausdrücklich dekretiert und die großen Betriebe bestimmter Branchen zu Trusts vereinigt, die dann vom Staate mit Lebensmitteln und Rohstoffen versehen werden und dafür einen bestimmten Teil ihrer Erzeugnisse direkt an den Staat ohne Entschädigung abführen.

Das Produktionsprogramm für das letzte Vierteljahr 1921, daß die Planwirtschaftskommission, welche in engerer Fühlungnahme mit dem Obersten Volkswirtschaftsrat arbeitet, für die einzelnen Industrietruste aufstellte, wurde bei einigen der wichtigsten Industrien nicht nur erreicht, sondern sogar erheblich überschritten.

Steigerung der Erdölherzeugung.

Die vorläufigen Ergebnisse dieser großen wirtschaftlichen Umwandlung waren besonders günstig in der Naphta-Industrie (Erdöl), die nicht nur für Rußland, sondern auch für das übrige Europa von großer Bedeutung ist. Außer den kaukasischen Naphta-Quellen, deren Ausbeutung schon vor dem Kriege erfolgte, verfügt Sowjet-Rußland in Sibirien und Nord-Rußland (Uchta-Bezirk) über gewaltige Naphta-Lager, welche aber vorerst wegen Mangel an Transportmöglichkeiten noch vollkommen unberührt sind und deren Erschließung noch kaum begonnen hat. Ferner ergab die Ausbeutung der in den Provinzen Astrachan und Turkestan befindlichen Naphta-Quellen bereits günstige Resultate. Uebertragende Bedeutung genießen die Naphta-Quellen im Kaukasus, die sich besonders um Baku und Grosny konzentrieren.

In Baku war die monatliche Durchschnittserzeugung in den Jahren 1918 und 1919 (als das kaukasische Gebiet von Weißgardisten besetzt war) 18 Millionen Pud; in den folgenden Monaten nach der Nationalisierung sank die Produktion beträchtlich, kam Juni 1920 bis 14,9 Mill. Pud und

erreichte ihren höchsten Stand in der ersten Hälfte des Jahres 1921 mit einem Monatsdurchschnitt von 11,2 Mill. Pud. Der Hauptgrund der verminderten Produktion war neben dem unzureichenden Informationsvermögen die mangelnde Versorgung und unzureichende Versorgung der Arbeiter mit Bekleidung, landwirtschaftlichen Hilfsmitteln usw. Mit der Durchführung der neuen Wirtschaftspolitik stieg die Produktionskurve bereits im September merklich. Es ergab:

1921	September	11,2 Mill. Pud
	Oktober	12,6 „ „
	November	12,6 „ „
	Dezember	12,3 „ „
1922	Januar	15,5 „ „
	Februar (28 Tage)	14,5 „ „

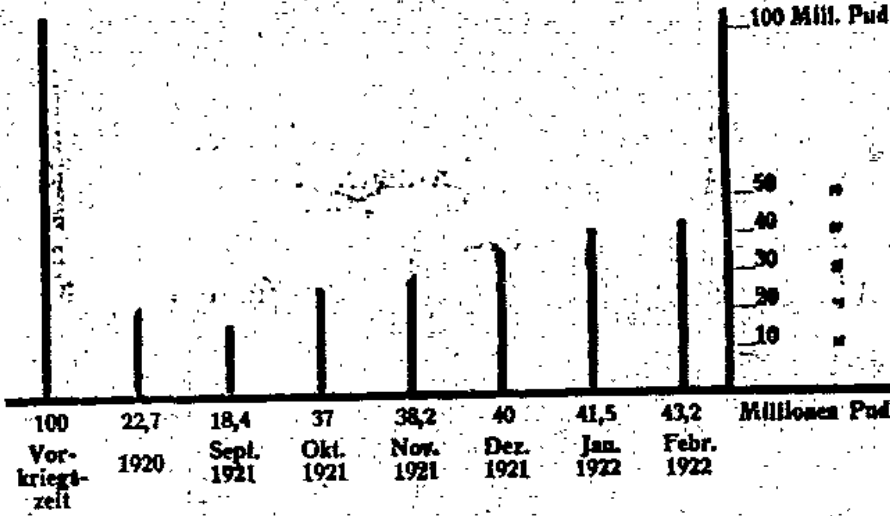
In dem bereits erwähnten Grosny-Revier, das viel stärker als Baku unter den äußersten Schwierigkeiten der Verpflegungsverhältnisse und dem vollständigen Mangel an technischen Hilfsmitteln zu leiden hatte, hob sich trotzdem die Ausbeutung und überschritt die Vorkriegsproduktion. Der monatliche Durchschnitt betrug 1914 6,83 Mill. Pud. Oktober 1920 waren es nur noch 4,9 „ „ stieg 1921 wieder auf 6,8 „ „ und erreichte im Dez. 1921 und Jan. 1922 sogar je 7,5 „ „

Die Periode des Niederganges der kaukasischen Nachbarreviere ist seit Monaten beendet. Die in Verbindung mit der Durchführung des neuen Wirtschaftskurses eingetretene Steigerung der Naphta-Gewinnung der beiden Reviere ergab gegenüber den Vergleichsmontaten des Jahres 1920 eine Mehrproduktion von 2 Mill. Pud im Oktober, November 1921 mit Januar 1922 je 3 Mill. Pud und Februar 1922 sogar 6 Mill. Pud Naphta.

Steigerung der Steinkohlenproduktion.

Bei der zweiten Quelle der Heizmaterialversorgung, der Kohlenindustrie, konnte man bereits Oktober 1921 einen plötzlichen Aufschwung der Produktion wahrnehmen, der bei dem größten Kohlenrevier der Sowjet-Republik, dem Donezbecken, im Vergleich zum Vormonat September 1921 90 % ausmachte. Dank dem energischen Eingreifen des Staates konnte die Lebensmittelversorgung sichergestellt werden, wobei zugleich eine Neuregung der Arbeitsentlohnung eingeführt wurde. Nicht nur die Leistung des einzelnen Arbeiters hob sich merklich, sondern in den meisten Kohlenrevieren trat auch eine

Monatliche Ausbeute von Kohle im Donzrevier.



erhebliche Abnahme des Eigenverbrauches ein, ein deutliches Zeichen der allgemeinen Gesundung der Einrichtung.

In der Steinkohlenindustrie war die Durchschnittsproduktion des Donezbeckens (Steinkohle und Anthrazit) im Jahre 1920 monatlich 22,7 Mill. Pud. In den ersten 9 Monaten des Jahres 1921 ging die Kohlenförderung weiter zurück, so daß die September-Ausbeute nunmehr 18,4 Mill. Pud oder rund 15 % der monatlichen Vorkriegserzeugung betrug. Von diesem Zeitpunkt an gestaltete sich die Kohlenausbau des Donezbeckens folgendermaßen:

1921	September	18,4 Mill. Pud
	Oktober	37,0 „ „
	November	38,2 „ „
	Dezember	40,0 „ „
1922	Januar	41,5 „ „
	Februar (28 Tage)	43,2 „ „

so daß das Jahr 1921, obwohl es 9 Monate Minimalproduktion hatte, mit einer Kohlenförderung von 357 Mill. Pud abschloß, d. i. 30 % mehr, als die Gewinnung im Jahre 1920, die insgesamt 272 Mill. Pud ergab.

Ein Wort noch über die Durchschnittsleistung eines Kohlenarbeiters in diesem Revier. Vor dem Kriege betrug diese 3358 Pud. 1915 war sie schon auf 3000 gesunken. Nach Durchführung des neuen Wirtschaftskurses Ende 1921 hatte die Durchschnittsleistung eines Arbeiters mit 3400 Pud monatlich bereits die Vorkriegsnorm überschritten und ist 1922 weiter steigend.

In dem zweitgrößten Kohlengebiet, dem Uralrevier, trat im letzten Viertel des Jahres 1921 eine beträchtliche Produktionssteigerung ein. Die Oktoberausbeute des Jahres 1921 betrug 5 Mill. Pud oder 127 % der Förderung des Vormonates mit 3,9 Mill. Pud. Für November und Dezember 1921 erhöhte

sich die Produktionsnorm auf 5,7 Mill. Pud und 6,1 Mill. Pud, das dem Monatsdurchschnitt von 2,5 im November und 2,9 im Dezember gegenüber der Vorkriegszeit 1921.

Die Gesamtausbeute der russischen Steinkohlenindustrie stieg im Oktober 1921 im Verhältnis zum Vormonat um 66 %. Die monatliche Durchschnittserzeugung war 1920 40 Mill. Pud, in den ersten 9 Monaten 1921 31,2 Mill. Pud und im letzten Vierteljahr 50,1 Mill. Pud. Eine sehr große Besserung ist auch in der Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters in fast allen Revieren zu beobachten, die November 1921 bis Februar 1922 um fast vier Fünftel im Vergleich zum September 1921 und um 92 Prozent verglichen mit Oktober 1920 stieg. Die erhebliche Intensivierung der Arbeit kommt gerade in der Kohlenindustrie glänzend zur Geltung.

Die günstige Wendung in der Produktion der oben behandelten Naphta- und Kohlenindustrie, diesen Hauptlebensadern der russischen Volkswirtschaft, blieb nicht auf diese beschränkt, die Metall- sowie auch die Textilindustrie be weisen mit ihren leistungsfähigen gewallig gestiegenen Produktionsziffern den Erfolg der neuen ökonomischen Politik und lassen hoffen, daß bei Anspannung aller Kräfte der Aufstieg der russischen Industrie fortdauern wird.

Die Phosphorvorkommen Russlands.

Rußlands Phosphorlager sind nicht nur für Rußland, sondern weltwirtschaftlich von allergrößter Bedeutung. Auch für eine deutsch-russische Zusammenarbeit sind sie sehr wichtig, da die deutsche Landwirtschaft nach Phosphor, einem sehr wertvollen Düngemittel, hungert, Deutschland selber aber nur über unzureichende Phosphorvorkommen verfügt und auf Belgien, Tunesien und Amerika angewiesen ist.

Nach den statistischen Zählungen gibt es in Rußland insgesamt etwa 334 114 Millionen Pud Phosphor. Wenn man die russische Phosphoranlagen nach Qualität in drei Gruppen einteilt, so ergibt sich folgendes Bild:

12—18 % reiner Phosphor	223 206 Mill. Pud
18—24 % reiner Phosphor	102 444 „ „
Mehr als 24 % reiner Phosphor	8 464 „ „

Eine der wichtigsten Phosphorlager in Rußland befindet sich in dem nördlichen Teil des Gouvernements Wjatska, im Bassin des Flusses Kama. Die dortigen Lager sind nach ihrer Quantität und Ergibigkeit ähnlich den großen Phosphorlagern Nordamerikas, in Südkarolinien. Um die Ausbeutung der Phosphorlager im Gebiet von Kama in die richtigen Wege zu leiten, wird es vor allem notwendig sein, die Schiffahrt auf der Kama zu bessern und einen Eisenbahnweg zu bauen.

Das zweite Phosphorgebiet befindet sich im Bezirk von Kineschma, im Gouvernement Kostroma und umfaßt die beiden Ufer der Wolga in der Länge von 35 Werst. Die Phosphorausbeute wurde hier bereits in dem vorigen Jahrhundert betrieben, jedoch kam keine richtige Ausbeute zustande. Gegenwärtig besitzen die Phosphorschächte im Kineschma-Bezirk die Ausrüstung, jedoch gestalten einige wirtschaftliche Umstände vorläufig noch nicht die Ausbreitung der Ausbeutung. 1919 wurden hier 219 700 Pud, 1920 155 180 Pud Phosphor gefördert.

In der letzten Zeit sind vorbereitende Arbeiten zur Phosphorausbeute im Moskauer Gouvernement gemacht worden. Solche Arbeiten stehen unmittelbar bevor auch in den Gebieten des Gouvernements Kaluga (Bezirk Borowsk), im Gouvernement Simbirsk (Bezirk Kurnysch), im Gouvernement Kasan (eine Insel im Bezirk Jadrinsk), im Gouvernement Rjasan, wo größere Phosphoranlagen vorhanden sind, und in den Gouvernements Pensa, Tambow, Simbirsk. Auch in dem Gebiet von Saratow gibt es größere Phosphorlager, insbesondere auf dem Ufer der Wolga, unmittelbar neben der Gouvernementsstadt Saratow.

In dem südlichen Teil Zentralrußlands befindet sich ein breites Phosphorlager, das sich durch die Gouvernements Smolensk, Kaluga, Orel, Kursk und Woronisch ununterbrochen hinzieht. Hier gibt es kolossale Vorräte an Phosphor, der in dem Boden zusammen mit Quarz gefunden wird. Im Bezirk Roslawl des Gouvernements Smolensk befinden sich Phosphoranlagen, die schon seit längerer Zeit ausgebeutet werden. 1919 wurden hier 224 000 Pud, 1920 190 000 Pud gefördert. In dem Nachbargebiete Dubrowsk wurden 1919 63 000 Pud, 1920 168 000 Pud Phosphor gefördert.

Außerdem gibt es Phosphorlager in folgenden Gebieten: Mossalsk (Ausbeute 1920 45 000 Pud), Tschernigow (Produktivität der Anlagen etwa 400 Pud), in dem Podoischen Gouvernements (von hier wurde vor dem Kriege Phosphor nach Oesterreich und nach Polen ausgeführt) und im Uralgebiet. In allen diesen Gebieten sind breite vorbereitende Arbeiten notwendig.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß es in Rußland vorläufig noch keine wirkliche Phosphorausbeute gibt. Es wird ein minimales Quantum gefördert im Verhältnis zu dem Bedarf der russischen Landwirtschaft und zu dem Inhalt der Phosphorlager selbst. Die Phosphorausbeute in Rußland befindet sich vorläufig noch auf ihrer ersten schwierigsten Stufe. Wenn in kommenden Jahren in Rußland die Phosphorausbeute energisch gefördert wird, so werden die russischen Lager instande sein, die Bedürfnisse der russischen Landwirtschaft (als Düngemittel) zu befriedigen und eine wirtschaftliche Konkurrenz des Auslandes zu besiegen.

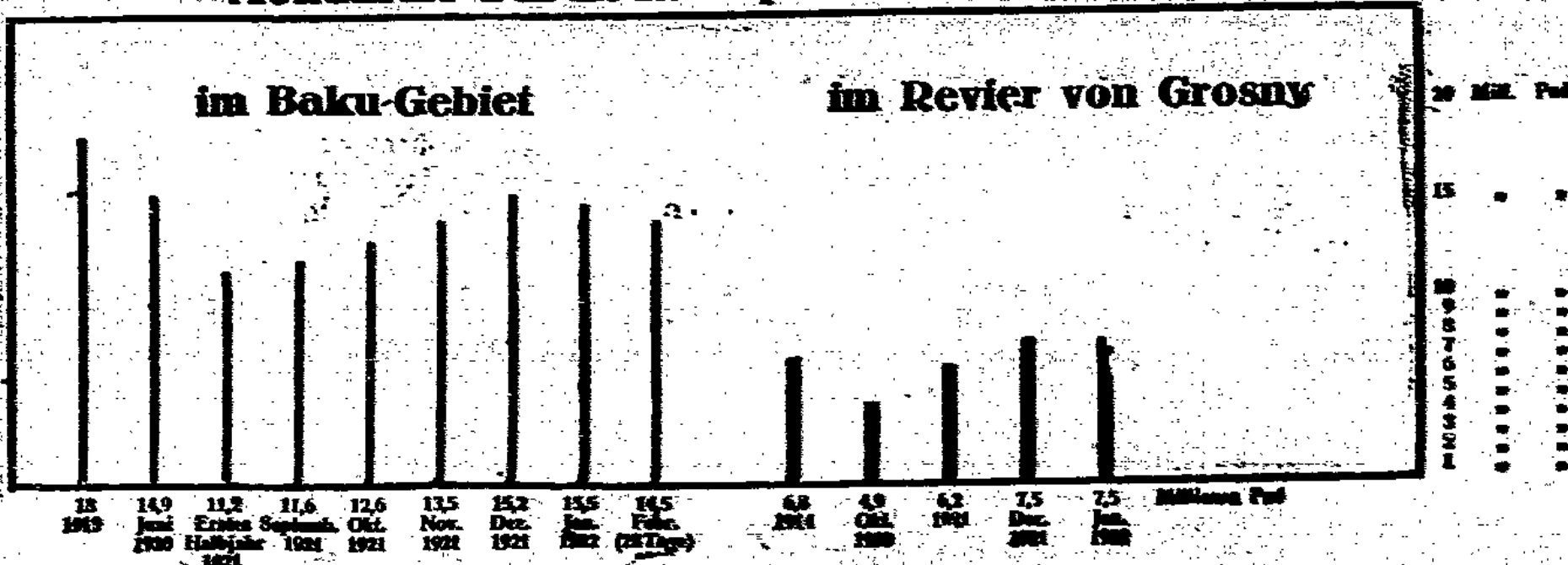
Der Baumwollanbau im Turkestan.

Die Baumwollzentrale in Moskau teilt mit, daß ungefähr 100 000 Desjatinen mit Baumwolle bestellt worden sind. Wenn ein Fünftel der Ernte für den Bedarf der Bevölkerung zurückgehalten wird, so werden dem Staate im Jahre 1922 doch über 4 Millionen Pud Rohbaumwolle zur Verfügung stehen. In diesem Jahre sollen schon 210 000 Desjatinen mit Baumwolle bestellt werden. Der Staat verfügt über 32 gut eingerichtete Fabriken zur Reinigung von Baumwolle.

Einfuhr und Ausfuhr im Monat Februar 1922.

Die Einfuhr im Februar übersteigt die vom Monat Januar. 57 Prozent der eingeführten Güter kommen aus Amerika, 15 Prozent aus England, 11 Prozent aus Deutschland, 7 Prozent aus Norwegen. Seit Jahresbeginn wurden 1 241 100 Pud aus geführt, hauptsächlich nach der Türkei, Estland und Lettland.

Monatliche Durchschnittsproduktion von Erdöl



Arbeiterkammern zum Gewerkschaftskongress

für die Kontrolle der Produktion.

Die Generalversammlung des DGB hat beabsichtigt, die Frage der Arbeiterkammern zu prüfen und diese an den Gewerkschaftskongress folgenden Antrag:

Die Arbeiterkammern sind die wichtigsten der Arbeiter, die von der Reichsregierung am 24. April 1919 und vom 10. Gewerkschaftskongress gebildet wurden.

Das Mitspracherecht der Arbeiter muß bei der gesamten Produktion, vom Rohmaterial bis zum fertigen Produkt, vom zentralen Wirtschaftskontrollrat vermittelt werden. Innerhalb der Betriebe sind zwei gewählte Arbeitervertreter (Beiräte) zu schaffen, die im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften und auf deren Macht prüfen, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben.

Das im Januar 1920 vom Reichstag geschaffene Betriebsrätegesetz entspricht nicht einmal diesen geringsten Forderungen. Die von der Regierung erlassenen Ausführungsbestimmungen zu den einzelnen Funktionen der Betriebsräte und die vom Reichsarbeitsministerium und seinen untergeordneten Organen bis zu den behördlichen Schlichtungsausschüssen gegebene Auslegung des Betriebsrätegesetzes haben zu einer Praxis geführt, die im höchsten Grade unzulässig ist, was nach den Forderungen der Arbeiter für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften in der Betriebsrätefrage festgelegt werden sollte.

Indem der 11. Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes feststellt, daß die Bundesleitung nichts Ernsthaftes unternommen hat, um die Beschlüsse der Vorstandskonferenz vom 25. April 1919 zu verwirklichen, beschließt er:

1. Der neue Bundesausschuss hat innerhalb von 2 Monaten den Wortlaut eines neuen Betriebsräte-Gesetzes auszuarbeiten und im „Korrespondenzblatt“ zur Diskussion und Stellungnahme zu veröffentlichen. Innerhalb weiterer 2 Monate hat eine Bundesausschusskommission die endgültige Formulierung vorzunehmen und den Entwurf unverzüglich der Reichsregierung zu überweisen.
2. In dem Gesetzentwurf ist festzulegen:
 - a) durchgreifende Kontrolle der Produktion des Handels und der Preisgestaltung durch die Betriebsräte, Gewerkschaften und Genossenschaften.
 - b) Schaffung von Arbeiterkammern in den Bezirken, Ländern und im Reich, die endgültige Beschlußfähigkeit und Entscheidungsrecht besitzen und aus Unwohl aller über 20 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen hervorgehen.

Um Reichstag und Reichsregierung zu einer beschleunigten Annahme und Durchführung einer entsprechenden Änderung des Betriebsrätegesetzes zu zwingen, hat der Bundesausschuss alle gebotenen Möglichkeiten auszunutzen, um durch eine aufrichtigste Propaganda in den breitesten Massen einen geschlossenen Massenwillen zu erzeugen. Weigert sich das Parlament, diesem Massenwillen Rechnung zu tragen, so hat der DGB die Durchführung seiner Forderung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu erzwingen.

Gegen die Koalition mit den Kapitalisten — für die Arbeiter-Regierung.

Die Generalversammlung des DGB. Suhl-Thüringen hat zum Gewerkschaftskongress folgenden Antrag an:

1. Im Hinblick auf die Lenozität der Koalitionregierung Birich-Bauer spricht der Gewerkschaftskongress dieser Regierung das schärfste Mißtrauen aus.
2. Er beschließt grundsätzlich, daß der DGB sich jeder Koalitionregierung ablehnend gegenüberstellen muß und daß keiner seiner leitenden Funktionäre, und sei es auch in Auftrage einer politischen Partei, in eine solche Regierung eintreten darf.
3. Der Kongress bringt zum Ausdruck, daß nur eine Arbeiterregierung, die sich auf die Millionen Arbeiter, Angestellte, Bauern und Beamten stützt, die Gewähr bietet, daß die Interessen der erwerbsfähigen Bevölkerung gewahrt und die bestehenden Leiden in ansehnlicher Weise im Hinblick auf die Reparationsverpflichtungen zu heuerlichen Leistungen herangezogen werden.

Der Kongress fordert den Bundesausschuss an, das Zustandekommen einer Arbeiterregierung in jeder erdenklichen Weise zu fördern und, falls eine solche Regierung zustande kommt, zu ihrer Unterstützung alle im DGB vereinten Kräfte zu mobilisieren.

Ein besonderes Bedenken erwarben sich die Suhl-er Arbeiter durch, daß sie die Jugendfrage ganz eingehend behandeln. Der Angriff der kapitalistischen Regierung auf die ganz geringen Vorteile der Jugendkassenverordnungen, die in Aussicht stehende 5-jährige Arbeitsnachfrage für Jugendliche muß neben den Fragen des Arbeitsrechts Gesetzes eine besondere Beachtung und entschlossene Marschierung sein. Die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen der Jugendlichen und der jugendlichen Arbeiter muß durchgehend durch die Gewerkschaften geregelt werden. Dies darf nicht mehr den Jünglingen und Unternehmern überlassen werden.

Der Gewerkschaftskongress muß zu der Frage, wie die Lage der Arbeiterbewegung sich gestalten soll, eingehend Stellung nehmen.

Für die 10 Punkte der DGB.

Die Generalversammlung der Verwaltungsjahre Leipzig des DGB. nahm zum Gewerkschaftskongress folgenden Antrag an:

Die ungeheuren Lasten, die Deutschland durch die Reparationsforderungen der Entente auferlegt wurden, sind bisher vollständig auf die Arbeiterklasse abgewälzt worden.

Eisenbahner-General-Versammlung in den Zentral-Bezirken.

In einer Generalversammlung des DGB. (DGB) am Sonntag in Vertretung des ersten Vorsitzenden Carl Kollege Bernert. Was es sich da letztlich, zeigt wieder mal deutlich, daß die Arbeiter von den Gewerkschaftsführern nicht gut zu erwarten haben. Ueber einem neuen Streik über Bernert u. a. und die Gewerkschaftsführer mühen sich Eisenbahner-Generalstreik vorzubereiten, da die Eisenbahn ein lebenswichtiger Betrieb ist. Wenn die Eisenbahner also wieder mal gezwungen sind, einen großen Streik zu führen (und das liegt nahe, nicht auf der Welt), dann werden ihnen die Gewerkschaftsführer wieder in den Rücken fallen. Doch diesmal wird die Gewerkschaftsbürokratie vorbereitet sein als beim letzten Streik. Die Eisenbahner mühen sich schon heute bedenken.

Die Tatsache, daß durch die niedrigen Löhne Eisenbahnbeamten und Arbeiter hinterher, nennt Bernert eine Phrase. Wahrscheinlich, er kennt die Not des Volkes, um sie würdig vertreten zu können.

Ueber die Versammlung selbst gibt uns unser C. Berichterstatter folgenden Bericht:

Eine Mitglieder-Versammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes fand am Sonntag, den 28. April, in den Zentral-Bezirken, Westendstraße, statt. An Stelle des ersten Vorsitzenden sprach Kollege Bernert über das Thema: „Unsere Lohn- und Gehaltspolitik“. Sämtliche Kollegen kamen bei den über zwei Stunden dauernden Ausführungen, durch welche nur die verworrenen Handlungswesen des Hauptvorstandes gebedet wurden, nicht auf ihre Rechnung. Denn von dem eigentlichen Thema bekam man wenig zu hören. Die Mitglieder waren von der belanglosen Redensarten sichtlich erschöpft, daß sie in der Aussprache den sachlichen Ausführungen des Kollegen Fendius über die ökonomische, wirtschaftliche Entwicklung nicht folgen konnten. Kollege Fendius kam leider nur zu der konkreten Begründung, daß die alte Lohnpolitik des Hauptvorstandes bankrott gemacht hat, worauf er von vielen Kollegen verständnislos unterbrochen wurde. Anstatt die Mitglieder an ihre gewerkschaftliche Disziplin zu erinnern, beging der Leiter, Kollege Fuhrmeister, einen bewußten Sabotageakt an Kollegen Fendius, indem er abstimmen ließ, ob Fendius weiterreden soll oder nicht. Diese ungewerkschaftliche Handlung müssen sich die Kollegen des DGB. in der Folge energig verbieten. Hier sollen nur die wichtigsten Stellen aus dem Referate Bernerts festgelegt werden. Alle Kollegen werden sich noch erinnern, als Bernert in der Rede schloß: „Moskau oder Amsterdam?“ das Räte-Rußland und die Bolschewiki gaulspielertisch mit allen ihm zu Gebote stehenden Redensarten und Phrasen zu beschimpfen versuchte. Und heute mußte er feststellen, daß der Handels- und Friedensvertrag zwischen Deutschland und Räte-Rußland ein großer Erfolg für Deutschland ist. Auch der glorreichen deutschen Revolution wurde gedacht, die den Arbeitern Koalitionsrecht, Versammlungsfreiheit usw. beschert hat. (Wo sind sie?) In früheren Zeiten konnten Lohnkämpfe bei der Eisenbahn nicht geführt werden, da größere freigewerkschaftliche Eisenbahn-Organisationen nicht

vorhanden waren. Nur durch Durchsetzen und Durchsetzen, die man durch die Gewerkschaften durchsetzen mußte, konnte man sich durchsetzen. Die 10 Punkte der Gewerkschaften hatten früher einen geringeren Wert als die Eisenbahner, heute haben sie an Wert gewonnen, womit man sie loben kann. Was für die Beamten habe man viel erreicht, indem in dem neuen Besoldungsgesetz nur 18 Gruppen vorgegeben sind. Der Reichslogistarius gibt den Arbeitern Rechte und hat kulturelle Bedeutung, obwohl es viele Mängel aufweist, die der Hauptvorstand sich bemüht abzumildern. Die Taktik in der Lohnpolitik und die Haltung des Hauptvorstandes haben viele Mitglieder des DGB. nicht verstehen können, aber von oben, wo die Mägen alle zusammenlaufen, läßt sich das alles viel besser übersehen.

Man darf nie zu viel fordern, alles erwägen, damit man von den Arbeitgebern aufrecht genommen wird. (Arbeitsgemeinschaft.) Als Grundlage der heutigen Lohnpolitik gilt, was im Bereiche der Möglichkeiten und Erreichbaren gefordert und durchgesetzt werden kann. Bei Einhaltung des § 2 der Satzungen, „Arbeitsniederlegung“, könnte mehr herauskommen, jedoch müssen die Führer mit Rücksicht auf die Lebensnotwendigkeit des Eisenbahnbetriebes einen Gesamtstreik unbedingt verhindern. Der Hauptvorstand des DGB. mag auf taktische Mängel (Niemand aber wird behaupten, daß er beim Reichsgewerkschaftstreik ein solches geschick gebracht hat.) Der Reichs-Gewerkschaftstreik wurde eingehend besprochen, schade — daß Menne nicht zugegen war. Alles war falsch und ungewerkschaftlich, nur mußte zugegeben werden, daß durch die vom DGB. aufgestellten Richtlinien die meisten Arbeiter in Gewissenskonflikt kommen mußten. Aus den Ausführungen des Referenten mußte man schließen, daß Menne den Eisenbahner-Streik als einen Sieg hingestellt hätte. (Das stimmt aber nicht!)

Dem Referat folgte eine rege Aussprache, in der besonders die Kollegen Fendius, Niebel, ein Provinzkollege, Kattner u. a. zu den Ausführungen Bernerts Stellungnahmen. Kollege Niebel brandmarkte den Artikel des Referenten Bernert in der Zeitung Nr. 14. Er stellte ihn als einen Schamlosen.

Separatartikel gegen die Kommunisten hin. Der Hauptvorstand mit seiner Taktik allein sei Schuld an der Uneinigkeit in den Mitgliederkreisen. Der Provinzkollege wies nach, daß viele Kollegen in der Provinz durch die miserabel geführten Lohnkämpfe tatsächlich Hunger leiden, was Kollege Bernert in seinem Referat als Phrase hingestellt hatte. Kollege Kattner gab den Beamten und besonders den DGB-Beamten einen Stammbuchvers zum Nachdenken. Er führte aus: „Nicht aus Liebe zu den Beamten wollen wir mit ihnen handeln, sie sollen ihre Sache selbst ausbaden. Aber — wir müssen deshalb mit den Beamten mitmachen, weil letzten Endes ihre Sache auch unsere Sache ist.“

In seinem Schlusswort benahm sich Bernert sehr kommunistenfeindlich und verdrehte alles.

Dadurch ist das Elend des deutschen Proletariats noch weiter gestiegen, ohne daß ein Ende abzusehen ist.

Alle Abwechslungen der Arbeiterschaft, und wenn sie auf noch so breiter Grundlage unternommen waren, brachten als Ergebnis immer größeres Elend für die Arbeiter mit sich. Die Arbeiterschaft muß sich deshalb zusammenschließen und zum Angriff gegen die Kapitalisten übergehen. Zweck dieses Kampfes muß sein, diejenigen, die Schuld am Krieg und seinen Folgen sind, sie auch zu den Kosten heranzuziehen.

Die 10 Punkte der DGB. vom 15. November 1921 mit der Erfassung der Sachwerte, Einziehung der Vermögenssteuer und der Sozialversicherung können der Inhalt dieses gemeinsamen Kampfes der Arbeiter gegen ihre weitere Verelendung sein. In Partei-, Betriebs- und öffentlichen Versammlungen hat sich die Arbeiterschaft mit diesen 10 Punkten einverstanden erklärt.

Die Gewerkschaftliche Schlichtung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beantragt deshalb: Der 11. Gewerkschaftskongress zu Leipzig beauftragt den Vorstand des DGB. in Gemeinschaft mit den Zentralvorständen der Gewerkschaften sofort den Kampf zur Durchführung der 10 Punkte zu organisieren. Die Lage der Arbeiterschaft kann erst dann ein besseres werden, wenn mindestens diese 10 Punkte in die Tat umgesetzt sind.

Sipo besetzt Betriebe.

Der Streik der Straßenbahner.

Die Sipo spielt die Rolle einer Schutzgarde des Kapitalismus. Obwohl es zumeist Proletarier sind, die den größten Teil tragen, läßt die Sipo sich dazu gebrauchen, bestimmte Betriebe zu besetzen.

Die Tatsache, daß die „Sicherheitspolizei“ gegen die streikenden Straßenbahner verwendet wird, daß die gesamte Arbeiterschaft auf den Plan rufen, die Arbeiter dürfen nicht denken, daß die Polizei, die von den Streikplätzen erhalten wird, sich gegen sie richtet.

1,90 Mk. pro Stunde ab 1. März erhalten sollen. Die Direktion habe lediglich abgelehnt, diesen Forderung für die zurückliegende Zeit zu zahlen. In dieser Notiz wird uns von der Streikleitung mitgeteilt:

Wir sehen uns veranlaßt, auf den letzten Artikel in den „Neuesten Nachrichten“ zur Aufklärung der Bevölkerung zu erwidern, daß die Angaben der Direktion nicht zutreffen. Der Spruch des Schlichtungsausschusses ging dahin, für den Monat Februar für Ledige 0,45 Mk. und für Beheimatete 0,50 Mk. Zulage pro Stunde zu zahlen und für den Monat März einen Zuschlag von 1,10 Mk. für Ledige und 1,40 Mk. für Beheimatete. Die Belegschaft der Gesellschaft erkannte diesen Schiedspruch an, die Verwaltung hingegen lehnte ihn ab. Darauf fand am 15. April eine Vollversammlung der Belegschaft statt, die beschloß, am 16. April die Arbeit niederzulegen. Dieser Beschluß ist nicht — wie die Direktion mitteilte — durch Beeinflussung durch die Gewerkschaftsführer zustande gekommen, sondern durch geheime Abstimmung der Belegschaft.

Die Direktion klagt über ein Defizit, das entstanden sei durch zahlreiche Neuanschaffungen an Schienen, Steinen, Kohle, Sand usw., die vor Weihnachten getätigt wurden und in die Millionen gingen. Darauf ist zu erwidern, daß diese Anschaffungen ja gar nicht nötig waren. Wahrscheinlich ist das Material nur aus dem Grunde angeschafft worden, die großen Gewinne zu verschleiern.

Ueber die Notstandsarbeiten ist zu bemerken, daß dieselben nur soweit geleistet wurden, als nötig war zu verhindern, daß die Arbeiterschaft der angeschlossenen Betriebe in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Betreffend der Bezahlung des Wertes durch Sipo ist festzustellen, daß die Erregung der Arbeiterschaft darüber sehr groß ist. Dies geht schon daraus hervor, daß einzelne Betriebe Schritte unternehmen haben, diese ganz gramlose Bezahlung einzufrieren zu lassen. Die Arbeiterschaft hat sich nicht erweigert, Notstandsarbeiten zu leisten. Also könnte die Sipo weit mehr einsetzend verwendet werden.

Diese Erklärung der Streikleitung ist dazu angetan, alle Vorgelegungen der bürgerlichen Presse zu widerlegen.

Einmal aber müssen sich die Arbeiter von dem Streik der Straßenbahner merken: Die „Sicherheitspolizei“ der „sozialistischen Republik“ marschiert gegen streikende Arbeiter auf, sie ist damit die Schutzgarde des Kapitalismus.